

Stellungnahme
des
Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste e.V.
- Landesgruppe Bremen -
zum Entwurf der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit,
Jugend und Soziales
für ein
Gesetz zur Sicherstellung der Rechte von Menschen mit
Unterstützungs-, Pflege- und Betreuungsbedarf in unterstützenden
Wohnformen (Bremisches Wohn- und Betreuungsgesetz,
BremWoBeG)

April 2010

Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales hat dem Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V., Landesgruppe Bremen, **den Entwurf für eine Nachfolgeregelung zum bestehenden Heimgesetz** zur Verfügung gestellt. Dafür bedanken wir uns und nehmen rechtzeitig vor der geplanten öffentlichen Anhörung die Gelegenheit zur **Stellungnahme** wahr.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass ein sehr umfangreiches Werk vorgelegt wurde: der Gesetzesentwurf zum BremWoBeG umfasst nunmehr 34 Paragraphen plus noch zu erstellende Verordnungen, das bisherige Heimgesetz kam mit 13 Paragraphen plus Verordnungen aus. Das BremWoBeG soll auch eine neue Struktur erhalten: In

Abschnitt 1 geht es um Ziel, Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen

Abschnitt 2 um Transparenz, Informationspflichten und Beratung

Abschnitt 3 um Anforderungen an den Betrieb von unterstützenden Wohnformen sowie Anzeigepflichten

Abschnitt 4 um Überwachung, Aufgaben und ordnungsrechtliche Befugnisse der zuständigen Behörde

Abschnitt 5 um Zuständigkeit, Rechtsbehelfe und Ordnungswidrigkeiten.

Den Pflichten, Anforderungen und Überwachungen wird vom Umfang her der größte

~~Stellenwert eingeräumt, der Versuch, alle nur denkbaren Wohnformen in einem Gesetz zu~~
~~regeln, erschweren dürfte.~~

Die Einbeziehung von Wohnformen, die zum Zwecke der Umgehung heimgesetzlicher Regelungen oder des Verbraucherschutzes initiiert wurden, wird ausdrücklich als Chance gesehen, die Entwicklung und Gestaltung neuer Wohnformen weiter zu etablieren. Insofern **begrüßen wir die beabsichtigte definitorische Abgrenzung für stationäre Einrichtungen und sonstige Wohnformen und die sich daraus ergebenden Abgrenzungen** hinsichtlich der Eingriffsbefugnisse der zuständigen Aufsichtsbehörde sowie den Versuch, ambulant betreute Wohnformen von stationären Einrichtungen anhand des Grades struktureller Abhängigkeit im Sinne des Gesetzes abgrenzen zu wollen. **Wir regen an, die Definitionen zu präzisieren und den Grad der Abhängigkeit als differenzierendes Element deutlicher hervorzuheben** und vor diesem Hintergrund auf die Einbeziehung von Tagespflegeeinrichtungen vollständig – wie die überwiegende Mehrheit

des BremWoBeG auf den überwiegenden Teil
ings für sachfremd und unzulässig, da
elungszuständigkeit selbst das so genannte
n mit Serviceleistungen und einem
irfte.

Die **Ausweitung des Geltungsbereiches** der
ambulanter Wohnformen halten wir allerdings
insbesondere durch die vorgenommene Reg
Betreute/Service- Wohnen in Mietwohnungen
Pflegekooperationspartner hierunter fallen dü

Der bpa begrüßt die Absicht der Sozialsenatorin, den Bewohnern der ganz unterschiedlichen Wohnformen den größtmöglichen Schutz bieten zu wollen und die Versorgung Pflegebedürftiger rechtssicher zu gestalten, ist aber der Meinung, dass der Gesetzesentwurf an vielen Stellen zu weit geht, die Bürger/innen dadurch eher entmündigt und in die unternehmerische Freiheit der Leistungsanbieter reglementierend eingreift. Ein Ordnungsrecht auf Landesebene sollte sich ausschließlich mit den Fragen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung befassen und diese regeln.

§ 2 Anwendungsbereich

Lt. Gesetzesentwurf sollen ganz unterschiedliche Wohnformen in die Zuständigkeit des

Figure 1

—

15. **Answer: A** The author's main purpose is to inform the reader about the importance of the study. The author provides information about the study's findings, the researchers' conclusions, and the implications for the field. The author also discusses the study's limitations and suggests areas for future research.

Figure 1

11

1. *Journal of the American Medical Association*, 1997; 277: 1039-1043.

DEALING WITH

KEY

ten

Präsidenten des Kongresses, Vorredner, Offiziere und Soldaten sowie
Wohnen der Soldaten, Götter, Zwerge, Zentauren, Gnommen und
weil es auch in der Vergangenheit ein wichtiger Teil der Kultur und in
keine Weise ein Teil der Zivilisation dieses Landes ist. Es ist ein Teil
des Landes und ein Teil der Kultur und ein Teil der Zivilisation und
und die Arbeit der Kongresse, die die Kultur und die Zivilisation
unterstützen.

[illegible]

insgesamt genommen werden, da sie keine Übersicht über die rechtlichen und/oder organisatorischen Verträge/Vereinbarungen der Bewohner haben können. Über diese Kenntnisse verfügen ausschließlich die Mieter/Bewohner selbst.

Auch das sogenannte **Service-Wohnen** ist gekennzeichnet durch Selbstbestimmung und Wahlfreiheit. Der Mieter einer Wohnung nimmt punktuell eine Dienstleistung in Anspruch. Häufig sind die Mieter dieses sogenannten Service-Wohnens nicht pflegebedürftig, sondern wollen sich für zukünftig ggf. punktuell auftretende ~~Notsituationen oder kleine hauswirtschaftliche Handreichungen, teils über Betreuungspauschalen absichern.~~ Auch hier bedeutet eine Anzeigepflicht einen **Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht**. Der Bewohner/Mieter hat durch die Unterschrift unter seinen individuellen Mietvertrag sein freies Entscheidungsrecht ausgeübt, hat i.d.R. ausgewählt unter den verschiedenen Angeboten am Markt und sich bewusst für die Wohnform entschieden, in der er jetzt lebt.

Auf Grund der **fehlenden strukturellen Abhängigkeit** ist der bpa der Auffassung, dass die Heimaufsicht für selbstorganisierte Wohngemeinschaften sowie alle Formen des Service-Wohnens nicht zuständig ist. Wir verweisen an dieser Stelle auch auf ein **Rechtsgutachten aus Nordrhein-Westfalen**, in dem festgehalten wurde, dass **Wohngemeinschaften/Wohngruppen keine Betreuungseinrichtungen** seien und nicht „betrieben“ würden. Die Bewohner wählen die Dienstleistungen selbst aus und steuern die Vergabe. Dadurch **fehlt es an der strukturellen Abhängigkeit** der Bewohner von ambulant betreuten Wohngemeinschaften. Demnach fehlt laut diesem Gutsachten dem Gesetzgeber auch die Gesetzgebungskompetenz zur Regelung einer Verpflichtung der Mitglieder einer Wohngruppe zum Abschluss einer Vereinbarung, wie sie hier der Abs. 1 im § 5 vorsieht. Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass **mit Hilfe des Ordnungsrechts nicht in die Rechte der Mieter einer WG eingegriffen werden kann.**

Der bpa schlägt vor, in § 2 die Abs. 1, 3 und 5 wie folgt neu zu fassen:

- (1) Dieses Gesetz gilt für Wohnformen, die der Unterstützung, Pflege und Betreuung dienen (unterstützende Wohnformen). Eine unterstützende Wohnform liegt vor, wenn mehrere Bewohnerinnen oder Bewohner von einem verantwortlichen Leistungsanbieter gemeinschaftlich Leistungen des Wohnens **und** Unterstützungsleistungen abnehmen und die Wohnform in ihrem Bestand von Wechsel und Zahl ihrer Bewohnerinnen und Bewohner unabhängig ist. Unerheblich ist, ob die Unterstützungsleistungen von den Bewohnerinnen oder Bewohnern laufend in Anspruch genommen oder lediglich von dem Leistungsanbieter vorgehalten werden.

Begründung: Wenn Wohnen und Abnahme von Unterstützungsleistungen gekoppelt sind, ist nicht davon auszugehen, dass der Bewohner/Mieter selbstbestimmt entscheiden kann. Ein

Umgehungstatbestand, der durch verschiedene, aber dennoch miteinander in Verbindung stehende Leistungsanbieter geschaffen werden könnte.

(2) Unverändert

(3) **Zu unterstützenden Wohnformen zählen trägergesteuerte Wohngemeinschaften nach § 6 sowie Pflege- und Betreuungseinrichtungen nach § 7.**

Begründung: Ausschluss der Selbstorganisierten Wohnformen und des Service Wohnens, da selbstbestimmt und nicht schutzbedürftig (s. ausführlicher Text weiter oben)

(4) Unverändert

(5) Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf

1. Krankenhäuser im Sinne des § 2 Nummer 1 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes,
2. Internate der Berufsbildungs- und Berufsförderungswerke
3. **Selbstorganisierte Wohnformen**
4. **Service Wohnen**
5. **Einrichtungen der Tages- und Nachtpflege im Sinne des § 41 des SGB XI**

Begründung für den Ausschluss der Tages- und Nachtpflege: Eine Tages- und Nachtpflege fällt schon auf Grund der Begrifflichkeit nicht unter den Anwendungsbereich des BremWoBeG, weil die Einrichtung keine Wohnform darstellt. Es besteht auch für die Nutzer von Tages- (und Nacht)pflügen kein umfassendes Schutzbedürfnis seitens der Heimaufsicht, da die Bewohner/innen noch Mieter/Besitzer ihrer Wohnungen sind und diese auch in einem größeren zeitlichen Umfang nutzen als die unterstützenden Pflegeeinrichtungen. Die Überwachung ist für die Instrumente des SGB XI sichergestellt.

Mit dem **Anwendungsausschluss** würde sich Bremen der Mehrheit der Bundesländer anschließen. Auch in Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, NRW, Saarland und Sachsen-Anhalt fallen die Tagespflegeeinrichtungen nicht unter die jeweiligen Landesheimgesetze.

§ 3 Unterstützungsleistungen

Fallen Selbstorganisierte Wohnformen und Service-Wohnen nicht unter den Anwendungsbereich des BremWoBeG, muss auch der § 3 angepasst werden.

Der bpa schlägt vor, im § 3 den Abs 1, Satz 2 wie folgt neu zu fassen:

Serviceleistungen wie Notrufdienste, hausmeisterliche Dienste, Leistungen der hauswirtschaftlichen Versorgung, Beratung und Vermittlung von Dienst- und Pflegeleistungen (allgemeine Unterstützungsleistungen im Sinne des § 1, Abs. 1 Satz 3 WBVG) sind **keine** Unterstützungsleistungen, **auch** wenn die Abnahme dieser Leistungen Voraussetzung für die Nutzung der unterstützenden Wohnform ist.

Begründung: Wer als Mieter in Service-Wohnanlagen lebt, kann weiterhin sein Selbstbestimmungsrecht ausüben – auch dann, wenn der Mieter vertraglich verpflichtet wird, allgemeine Betreuungsleistungen wie Notrufdienste oder Vermittlungsdienste von bestimmten Anbietern anzunehmen, vorausgesetzt, das Entgelt dafür ist im Verhältnis zur

Der bpa schlägt weiter vor, im § 3 den Abs. 2 ersatzlos zu streichen.

Begründung: Der Abs. 2 bezieht sich v.a. auf Einrichtungen des Service-Wohnens. In der Stellungnahme wurde bereits weiter oben darauf hingewiesen, dass Selbstorganisierte Wohnformen und das Service-Wohnen nicht unter den Anwendungsbereich des BremWoBeG fallen.

§ 4 Verantwortlicher Leistungsanbieter

Lt. Gesetzesentwurf soll als verantwortlicher Leistungsanbieter mit den damit verbundenen umfassenden Verpflichtungen derjenige fungieren, der Vermieter ist und Unterstützungsleistungen selbst anbietet (Abs.1) **oder** eine unterstützende Wohnform initiiert (Abs.2) **oder** wer ausschließlich Unterstützungsleistung für Bewohner erbringt (Abs.3). Damit wäre nach Abs. 3 **jeder Pflegedienst, der für einen Bewohner/Mieter individuelle Leistungen bietet, für die gesamte Wohnform verantwortlich und soll unter das BremWoBeG fallen.** Das kann so vom Gesetzgeber nicht gewollt sein, es würde automatisch zu einem Rückgang an alternativen Wohnformen führen und sich damit kontraproduktiv auswirken.

Der bpa schlägt vor, den § 4 wie folgt neu zu fassen:

Abs. 1 und Abs. 4 bleiben **unverändert**

Abs. 2 und Abs. 3 werden ersatzlos **gestrichen**

Begründung: Verantwortlicher Leistungsanbieter kann nur derjenige sein, der Wohnen und Pflegeleistung miteinander verknüpft und eine freie Wählbarkeit für die Nutzer ausschließt.

§ 5 Selbstorganisierte Wohnformen und Service-Wohnen

Auf Grund der weiter oben bereits ausführlich dargestellten Differenzierung und Definition von Wohnen und Betreuung bzw. der jeweiligen Zuordnung vom Grad der strukturellen

Abhängigkeit und individuellen Selbstbestimmung bei Selbstorganisiertem Wohnformen und Service-Wohnen, muss folgerichtig der § 5 in Bezug auf § 2 Abs. 5 Ziffer 3 und 4 im Ganzen ersatzlos gestrichen werden.

~~Der bpa schlägt vor, den § 5 ersatzlos zu streichen~~

Trägergesteuerte Wohnformen

§ 6: Tr

pa schlägt vor, den Abs. 3 ersatzlos zu streichen.

Der bp

ndung: Bezugnehmend auf die vorgeschlagene neue Formulierung des § 2 Abs.5 Satz
Einrichtungen der Tages- und Nachtpflege nicht mehr unter den Anwendungsbereich

Begrün
5 faller

Transparenz und Informationspflichten des Leistungsanbieters, Beschwerdemanagement

§ 8: T
Besch

pa schlägt vor, den Abs. 1 wie folgt neu zu fassen:

Der b

) Der verantwortliche Leistungsanbieter von unterstützenden Wohnformen **nach § 6
und 7** hat die Bewohnerinnen und Bewohner sowie Interessentinnen und
Interessenten zu informieren über

(1)

ndung: Eindeutige Zuordnung.

Begrün

pa schlägt weiter vor, den Abs. 3 ersatzlos zu streichen.

Der b

ndung: Das Instrument der Transparenz gibt es bereits. Die Anforderung ist aus
m Grund überflüssig und kann entfallen. Leistungsanbieter mit Einrichtungen nach § 6

Begrün
dieser

~~nicht verpflichtet, ein Beschwerdemanagement vorzuhalten und zu ergreifen~~

nach 7

Die Überschrift des § 8 muss entsprechend angepasst, der Begriff
Beschwerdemanagement gestrichen werden.

Auch c
Besch

Beratungs-, Informations- und Beratungspflicht der Behörde

§ 9: B

pa schlägt vor, den § 9 Abs. 1 neu zu fassen:

Der bp

Die zuständige Behörde informiert und berät **wettbewerbsneutral und
kostenträgerunabhängig**...

(1)

ndung: Um Wahlmöglichkeiten zu gewährleisten, muss eine Beratung künftiger
r/innen von Wohnformen durch die zuständige Behörde ausschließlich
wettbewerbsneutral und kostenträgerunabhängig erfolgen.

Begrün
Nutzer
wettbe

(5) Ersatzlose Streichung

Begründung: Folgeänderung in Bezug auf die vorgeschlagene Neufassung des § 2 Abs. 5 Ziffer 3 und 4

Der bpa schlägt vor, den Abs. 2 neu zu fassen:

- (2) Die zuständige Behörde orientiert sich bei den Prüfberichten über unterstützende Wohnformen nach § 6 und 7 an den nach den Transparenzkriterien im Internet veröffentlichten Berichten.

Begründung: Der Aufbau von Doppelstrukturen und weiterer Bürokratie ist zu vermeiden.

Der bpa schlägt vor, den Abs. 4 neu zu fassen:

- (4) Die zuständige Behörde erstellt innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ein Verzeichnis unterstützender Wohnformen **nach § 6 und 7** dieses Gesetzes. (...)

Begründung: Gemäß der Neufassung von § 2 entfällt die Zuständigkeit für Einrichtungen nach Abs.5 Ziffer 3 und 4.

§ 10 Mitwirkung der Bewohner/innen

Der bpa schlägt die vor, den Satz 2 in Abs. 1 neu zu fassen:

- (1)In den Bewohnerinnen- und Bewohnerbeirat können neben den Bewohner/innen auch Angehörige und sonstige Vertrauenspersonen der Bewohner/innen, von der ~~zuständigen Behörde genehmigt werden. Dieses ist der Fall, wenn sich aus dem Heim nicht genügend Personen zur Verfügung stellen. Ausländische Hilf- oder Senioreneinrichtungen und Mitglieder der örtlichen Behindertenorganisationen in angemessenem Umfang gewählt werden.~~

Begründung: Das Gremium sollte zahlenmäßig nicht überfrachtet werden und auch in der Lage sein, zu diskutieren und handeln.

Der bpa schlägt vor, den Satz 3 in Abs. 1 neu zu fassen:

Die Interessenvertretung bezieht **sich auf Angelegenheiten** des Betriebs.....

Begründung: Mitwirkung kann sich nicht auf alle unternehmerischen und/oder personalpolitischen Entscheidungen eines Leistungsanbieters erstrecken.

§ 12 Anforderungen an Pflege- und Betreuungseinrichtungen

Der bpa schlägt vor, den Abs. 1 Ziffer 2 und 4 zu streichen und stattdessen folgende Neuformulierung zu wählen:

(1) Eine Pflege- und Betreuungseinrichtung darf nur betrieben werden, wenn

1. der Träger einer Einrichtung sicherstellt, dass Pflege- und Betreuungskräfte

~~in ausreichender Zahl den dienstrechtlichen Vorschriften entsprechen;~~

~~zumindest in der Zahl der dienstrechtlichen Vorschriften entsprechen;~~

~~persönlich vor Ort anwesend sind;~~

~~die ständige Verfügbarkeit der Einrichtung gewährleisten.~~

Begründung: Eine Einrichtungsleitung kann nicht immer grundsätzlich vor Ort präsent sein. Sie hat im Rahmen ihrer Tätigkeit auswärtige Termine wahrzunehmen, sie muss die Einrichtung und den Leistungsanbieter auch außerhalb in Gremien vertreten können (Öffnung in das Gemeinwesen!). Es kann nicht sein, dass Verstöße gegen diese Ziffer – und sei es z.B. durch unvorhersehbarer dringende Termine und auch durch außerplanmäßigen Krankenstand – zu Ordnungswidrigkeiten führen.

Der bpa schlägt weiter vor, in Abs.2 die Ziffer 4 neu zu fassen:

(2) Der verantwortliche Leistungsanbieter und die Leitung haben insbesondere sicherzustellen, dass

4. im Rahmen der Einwirkungsmöglichkeiten für die fachgerechte ärztliche und sonstige gesundheitliche Versorgung gesorgt wird,

Begründung: Die ursprüngliche Forderung lehnt der bpa als unerfüllbar ab. Die Leistungsanbieter können nicht für ggf. auftretende Versorgungslücken im medizinischen Hilfenetz in die Verantwortung genommen werden.

Im Abs. 3 wird auf eine noch zu erlassene **Rechtsverordnung** hingewiesen, die u.a. Zahl, Qualifikation und Präsenz für die Pflege- und Betreuungskräfte festlegen wird. Der bpa geht davon aus, dass die Trägerverbände in die Erarbeitung der Rechtsverordnungen mit einbezogen werden.

§ 13 Teilhabe und Förderung bürgerschaftlichen Engagements

Der bpa schlägt vor, Abs.1 und v.a. auch die Ziffern 3, 4 und 6 wie folgt teilweise neu zu fassen:

(1) Die verantwortlichen Leistungsanbieter von Pflege- und Betreuungseinrichtungen nach § 7 sollen die Bewohnerinnen und Bewohner motivieren, am Leben in der Gesellschaft teilzuhaben und die Öffnung der Einrichtungen in das Gemeinwesen unter Einbeziehung der lokal bestehenden Angebote und Netzwerke fördern. Dabei sind die kulturellen und religiösen Belange

der Bewohnerinnen und Bewohner sowie ihre besonderen Kompetenzen zu berücksichtigen. **Die verantwortlichen Leistungsanbieter sollen insbesondere**

1. unverändert
2. unverändert
- 3. die Wahrnehmung wichtiger auswärtiger Termine ermöglichen**
- 4. regelmäßig über Veranstaltungen und Aktivitäten in der näheren Umgebung informieren und zur Teilnahme anregen**
5. unverändert

Pflege- und Betreuungseinrichtung nach § 7 im Rahmen ihrer Möglichkeiten und anlassbezogen für Externe öffnen.

**6. die P
Möglich**

Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement kann vom Gesetzgeber nicht Nichtbefolgen u.U. eine Ordnungswidrigkeit abgeleitet werden. Der Gesetzgeber kann allenfalls zu Teilhabe und Engagement ermuntern und bei besonderem Engagement in Sachsen-Anhalt soll z.B. das Prüfindervall durch die Heimaufsicht verlängert werden, wenn Einrichtungen besondere Anstrengungen unternehmen, ihre Bewohner/innen an gemeinschaftlichen Leben innerhalb und außerhalb der Einrichtung zu beteiligen. Einrichtungen für spezielle Zielgruppen wie dementiell Erkrankte müssen auch vor unkontrollierter Unruhe geschützt werden. Eine Einrichtung kann nicht zum

Begründung: Teilhabe ist verordnet und bei M Gesetzgeber kann Erfolg „belohnen“ (verlängert werden, Bewohner/innen an teilhaben zu lassen müssen auch vor u Marktplatz werden.

n § 13 in das Leistungsrecht nach SGB XI eingegriffen bzw. der einseitig durch das BremWoGeB zu erweitern versucht (Bereitstellung von

Auch wird durch de Personenschlüssel ei Begleitpersonen).

weiter vor, den Abs. 3 ersatzlos zu streichen.

Der bpa schlägt w

Rechtsverordnung zum bürgerschaftlichen Engagement und Teilhabe an der Gesellschaft zu wollen, ist kontraproduktiv. Das Prinzip der Freiwilligkeit wird ins Gegenteil verkehrt. Auch hier sollten Strategien für Motivation und nicht mögliche Sanktionen

Begründung: Eine der Gesellschaft er Gegenteil verkehrt. formuliert werden.

Entscheiden bei unterstützenden Wohnformen

§ 16 Anzeigepflicht

Neufassung der Überschrift vor:

Der bpa schlägt d

Entscheiden bei Betriebsaufnahme von Einrichtungen nach §§ 6 und 7

Anzeigepflichten

Nachwirkung der vorgeschlagenen Neufassung des § 2 und der dadurch Änderung des BremWoBeG können unter diesen Paragraphen nur Wohnformen ohne freie Wählbarkeit und Pflegeeinrichtungen fallen. Zur

Begründung: Als F veränderten Zustär trägergesteuerte W

Vereinfachung und Übersichtlichkeit des Gesetzes sollten die §§ 16 und 17 aus diesem Grund zusammengefasst werden.

Gleichwohl schlägt der bpa vor, die Ziffer 2 in Abs. 2 des bisherigen § 17 neu zu fassen und dann zu integrieren:

(2) Die Anzeige von Pflege- und Betreuungseinrichtungen muss ferner folgende Angaben enthalten:

2. Den Namen, die berufliche Ausbildung und den **beruflichen** Werdegang der Leitungsperson

Begründung: Der Werdegang sollte sich ausschließlich auf die berufliche Vergangenheit beziehen.

§ 18 Aufzeichnung- und Aufbewahrungspflicht für unterstützende Wohnformen nach § 6 und 7

Der bpa schlägt vor, den Abs.1 unter Ziffer 3 neu zu fassen:

3.Name, Anzahl und Ausbildung der Beschäftigten, deren regelmäßige Arbeitszeit, die von ihnen in der unterstützenden Wohnform ausgeübte Tätigkeit, Nachweise über ihre persönliche Eignung und Zuverlässigkeit (**nur bei der Einstellung**) sowie die Dienstpläne...

Begründung: In den Erläuterungen zum Gesetzesentwurf wird vorgeschrieben, dass ein Mittel zur Feststellung der „persönlichen Eignung und Zuverlässigkeit“ das Führungszeugnis sei, das regelmäßig alle 5 Jahre zu aktualisieren sei. Der bpa stellt fest, dass dies ein kostenaufwändiger und bürokratischer Aufwand ist, der pflegesatzrelevant wird und von den Kostenträgern als Ausgabe akzeptiert werden muss.

~~Das regelmäßige Infizieren von Führungskräften mit dem Führungszeugnis ist ein geeignetes Instrument zur Beweisführung der Eignung und Zuverlässigkeit der Beschäftigten vor allem, sondern nur als punktuellen Nachweisen, das schnell seine Aussagekraft verlieren kann.~~

§ 19 Angemessenheit und Erhöhung der Entgelte, Anpassungspflicht, Nachweispflicht im Fall einer Kündigung

Der bpa schlägt vor, diesen Paragraphen ersatzlos zu streichen.

Begründung: Der bpa schlägt durch die Neufassung des § 2 vor, dass das BremWoBeG ausschließlich für Trägergesteuerte Wohnformen, in denen Wohnen und Unterstützungsleistungen miteinander gekoppelt sind (§ 6) sowie für Pflege- und Betreuungseinrichtungen (§ 7) zuständig ist. Diese Einrichtungen müssen Verträge nach

dem WBVG mit den Mietern/Bewohnern abschließen, in denen u.a. Informationspflichten, Leistungspflichten, Anpassungsverpflichtung, Entgelterhöhung, Fragen der Kündigung umfassend geregelt sind. Das BremWoBeG ist hier nicht zuständig. Vergütung im Fall von Abwesenheit ist durch eine Vereinbarung nach dem SBG XI auf Landesebene geregelt.

~~§ 21 Überwachung von selbstständigen Wohnformen und Service-Wohnen~~

Der bpa schlägt vor, diesen Paragraphen ersatzlos zu streichen.

Begründung: Durch die vorgeschlagene Neufassung des § 2 hat das BremWoBewG für diese Wohnformen keine Zuständigkeit.

§ 22 Überwachung von trägergesteuerten Wohngemeinschaften

Warum ist hier nicht mehr von „trägergesteuerten Wohnformen“, sondern von „Wohngemeinschaften“ die Rede? Der Text muss sprachlich vereinheitlicht werden.

Die Überwachung kann sich nur **auf den Träger** der trägergesteuerten Wohnform **beziehen**. Die ambulanten Pflegedienste, die mit den Kunden jeweils individuelle Pflegeverträge abschließen, werden ihrerseits bereits durch den MDK geprüft und sind nicht mit

~~Darüber hinaus schlägt der bpa folgende Änderung für den Abs. 5 vor:~~

(im itzuwirken. Auskünfte erfügung	(5)Der verantwortliche Leistungsanbieter und seine Stellvertretung (folgenden Auskunftspflichtige genannt) haben an den Prüfungen mit Sie haben der zuständigen Behörde die erforderlichen mündlichen zu erteilen. Kopien werden gegen ein entsprechendes Entgelt zur Ver gestellt
---	---

sachen	<u>Begründung:</u> Auskunftspflichtig sollten nur die Führungskräfte sein. Kopien verursachen Kosten und sollten entsprechend zugeordnet werden.
--------	--

§ 23 Überwachung von Pflege- und Betreuungseinrichtungen

ge- und	Der bpa schlägt vor, die Überschrift zu ergänzen in „Überwachung von Pflege- und Betreuungseinrichtungen nach § 7“
---------	--

Begründung: mehr Eindeutigkeit bei der Zuordnung.

§ 24 Feststellungen zur Zuordnung unterstützender Wohnformen

Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V.
Landesgeschäftsstelle Bremen, Wachtstr. 17-24, 28195 Bremen
Telefon: 0421-577 1050, Fax 0421-577 1022
e-mail: bremen@bpa.de, www.bpa.de

Der bpa schlägt vor, in beiden Absätzen den Hinweis auf Wohnformen nach § 5 zu streichen.

Begründung: Folgeänderung auf Grund der vorgeschlagenen Neufassung des § 2.

§ 26 Beratung bei Mängeln

Der bpa schlägt vor, zu Beginn des Paragraphen einen Absatz neu aufzunehmen:

- (1) Stellt die zuständige Behörde bei einer Regelprüfung oder anlassbezogenen Prüfung Beratungsbedarf und/oder Mängel fest, hat sie diese in einem qualifizierten Abschlussgespräch mit dem Leistungsanbieter und den Leistungskräften anzusprechen. Dieses Abschlussgespräch sollte nach einem festgelegten und verbindlichen Prüfleitfaden (z.B. analog des bayerischen Leitfadens für Einbautungen)

en, müssen diese vorher im
ung muss ein
Beobachtungen mit dem
n. Um ein größtmögliches
s Abschlussgespräch nach
protokolliert.

Begründung: Soll/will die zuständige Behörde bei Mängeln berat
Rahmen einer Begehung festgestellt werden. Nach jeder Begehu
Abschlussgespräch geführt werden, in dem die Ergebnisse und f
Leistungsanbieter reflektiert und ggf. auch direkt korrigiert werde
Maß an Objektivität zu gewährleisten, ist es empfehlenswert, das
einem verbindlichen Leitfadens zu führen. Die Ergebnisse werden

§ 29 Untersagung

Der bpa schlägt vor, den Abs. 2 Satz 1 wie folgt zu ergänzen

che Leistungsanbieter

- (2) Der Betrieb kann untersagt werden, wenn der verantwortli
vorsätzlich...

Leistungsanbieter sind
versehentlich, d.h.
g führen. Untersagungen
von einer, der noch

Begründung: Hier ist eine Präzisierung empfehlenswert. Einem L
vielleicht nicht immer alle Angaben möglich oder er hat Angaben
fahrlässig vergessen. Dies allein kann nicht zu einer Untersagun

~~Leistungsanbieter kann untersagt werden, wenn ein Leistungsanbieter vor
vorsätzlich handelt. Dies allein kann nicht zu einer Untersagun~~

§ 30 Zusammenarbeit, Arbeitsgemeinschaften

Der bpa schlägt eine Präzisierung des Abs. 5 Satz 1 vor:

- (5) An der Arbeitsgemeinschaft werden Interessenvertretungen, Verbände oder Institutionen beteiligt....

Begründung: Im Interesse der Bewohner/innen und Leistungsanbieter ist eine Beteiligung der Leistungsanbieterverbände notwendig und sollte keine „Kann-Bestimmung“ sein. Außerdem war dies auch im ersten Gesetzesentwurf entsprechend formuliert.

Der bpa schlägt vor, nach dem jetzigen § 31 (Zuständige Behörde) einen neuen Paragraphen in den Gesetzesentwurf mit aufzunehmen:

§ 32 Qualifikation der zuständigen Behördenmitarbeiter/innen

Die mit der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Personen müssen die hierzu erforderlichen fachlichen und persönlichen Kompetenzen besitzen und sich regelmäßig über den aktuellen Stand der fachlichen Erkenntnisse in ihren jeweiligen Aufgabenbereichen informieren und weiterbilden. Die besonderen Kompetenzen regelt eine entsprechende Rechtsverordnung. (Darin festgeschrieben werden sollten folgende Kriterien: fachliche Qualifikation, z.B. Pflegefachkraft, Arzt, Sozialpädagoge; persönliche Eignung, z.B. Beratungskompetenz, Leitungserfahrung; anerkannte Weiterbildung im Qualitätsmanagement/Auditor)

§ 33 Ordnungswidrigkeiten (bisher § 32)

Der bpa schlägt vor, den Abs. 1 zu ergänzen:

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder **grob** fahrlässig.....

Der bpa schlägt ebenfalls vor, den Abs 2 zu ergänzen:

- (2) Ordnungswidrig handelt auch, wer vorsätzlich oder **grob** fahrlässig.....

Begründung: In Bezug auf die ergänzende Formulierung in § 29 weisen wir auch für den § 33 darauf hin, dass ein Leistungsanbieter auf Grund noch nicht aller vorliegenden Angaben bzw. auf Grund eines Versehens nicht in der Lage sein könnte, alle Verpflichtungen des Gesetzes einzuhalten. Das allein sollte nicht als Ordnungswidrigkeit angesehen werden.

§ 33 Bestandsschutz: Übergangsregelung

Der bpa weist darauf hin, dass in Abs. 1 die Übergangsregelungen nach der vorliegenden Formulierung nur auf die bisherigen Heime Anwendung finden können. Es fehlen eindeutige Formulierungen zu den Trärgesteuerten Wohnformen nach § 6. Hier dürften die bisher geltenden Heimmindestbauverordnungen z.B. keine Anwendung finden. Die Leistungsanbieter benötigen Klarheit.

Es fehlt auch ein Hinweis darauf, wer für die Ausarbeitung der notwendigen Rechtsverordnungen ermächtigt wird.

Abschließend ist festzuhalten, dass in einigen §§ der Hinweis auf noch zu erarbeitende Rechtsverordnungen formuliert ist. Rechtsverordnungen können zum Teil weit in leistungrechtliche Regelungen eingreifen. Das hat direkte Folgen für die Einrichtungen und auch für die Kostenträger. Vor diesem Hintergrund **möchten wir darauf hinweisen, dass eine Beteiligung der Leistungsanbieter bei der Erarbeitung der Rechtsverordnungen unbedingt erfolgen muss, damit Ordnungsrecht und Leistungsrecht in Übereinstimmung gebracht werden.**